

Das Sprachrohr der Leser

Leserzuschriften geben die Ansicht des Einsenders wieder, sie werden mit Name und Wohnort des Einsenders veröffentlicht. Dennoch ist die vollständige Adresse anzugeben. Unabhängig von der Höchstlänge von 1500 Zeichen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor, die durch (...) gekennzeichnet sind. Zuschriften müssen sich auf lokale Artikel oder Begebenheiten beziehen und den presserechtlichen Bestimmungen entsprechen. Das heißt: Leserbriefe dürfen keine falschen Behauptungen enthalten und niemanden beleidigen. Unter www.tagblatt.de/leserbriefe können Sie Ihre Zuschrift direkt ans TAGBLATT senden.

Mail: redaktion@tagblatt.de

Die Debatte um Tübingens OB Boris Palmer und dessen Kritik an der Bahnwerbung dauert an.

Einzig Adressaten

Nicht der tatsächliche Status der auf dem Bahnplakat abgebildeten Personen entscheidet über seine Botschaft, sondern die Assoziationen, die es angesichts einer der beherrschenden gesellschaftlichen Debatten auslöst, in die hinein seine Rhetorik ergeht. In der hitzigen Migrationsdebatte lässt das Plakat, das ein nicht-mittleuropäisch dominiertes Bahnfahrer-Ensemble zeigt, unweigerlich an Zuwanderer denken. Als Botschaft darf wohl gelten, die Bahn sei weltoffen.

Aber die von Palmers akademischer Informantin (Leserbrief Palmer vom 3. Mai) auch für die Universitäten bezeugte tabu- und sanktionsbewehrte offensive Identitätspolitik der Bahn scheint zudem die Gesellschaft der Zukunft zu suggerieren. Forderten die Unternehmerverbände doch schon seit dem ersten Anwerbeabkommen 1955 mehr Migration, um damit Arbeitsmärkte sowie Arbeits- und Sozialgesetze deregulieren zu können. Zustrom an ausländischen Arbeitskräften garantiert neben dem ständigen Druck auf den Arbeitsmarkt einen Niedriglohnssektor. Sollen künftig auch bei der Bahn billige Arbeitskräfte in erheblichem Ausmaß unter Tarif in Form von nicht registrierter Arbeit ausgebeutet werden?

Niemand sollte sich mit dem einzelnen durch Krieg, Krise oder Umweltzerstörung gezeichneten Migranten den Blick auf die Funktion von Migration verstellen oder einer bedingungslosen Einwanderung das Wort reden. Die Überwindung des ‚gestrigen‘ Nationalstaats ‚überwände‘ auch die nationalen Parlamente als einzige Adressaten von Forderungen und Kämpfen für soziale Verbesserungen.

Uwe Brauner, Tübingen

Brücken spannen

Frühling, ein Kinderlied, Mut statt Provokation. Zu einem 1. Mai-Fest präsentierte ein Chor im Ökologischen Projekt Tempelhof bei Crailsheim ein Kinderlied aus Mexiko (in Auszügen):

De colores se visten los campos de las primaveras ...

De colores, sí, de blanco y negro y rojo y azul y castaño.

Son colores de gente que ríe, y estrecha la mano.

Son colores de gente que sabe de la libertad.

Singgemäß deutsch:

Die Wiesen im Frühling kleiden sich in bunten Farben so nett ...

Farben, weiß sind sie und schwarz und rot und blau und brünett.

So sind die Farben der Leute, die lachen, sich die Hände reichen,

Sie sind die Farben der Menschen die wissen, was Freiheit ist.

Tübingen feiert seit Jahren mit Menschen in der Partnerstadt Villa el Salvador, Schüler und Senioren verbreiten dort Mut, sie lassen im Staub des Sandes, der Armut und der Gewalt aufleuchten die Farben aus dem Regenbogen, aus der Morgenröte. Spannen wir singend auch hier Brücken und verteilen und trennen nicht nach Farben und Gestalt.

Volker Plass, Tübingen



Fröhliche Musik für ein beschwingtes Alter

Die Hirsch-Begegnungsstätte für Ältere feierte Mitte März ihr 40-jähriges Bestehen ganz offiziell mit einem Festakt im Tübinger Rathaus. Am Samstag folgte das Fest für Besucher, Mitstreiterinnen und Wegbegleiterinnen im Domizil des Treffpunkts in der Tübinger Hirschgasse. Vor allem der Rock- und Pop-Chor „Off Track“, der es zusammen auf 2524 Lebensjahre bringt (wer mitsingt, muss mindestens 60 sein), hellte die Stimmung trotz des kühlen Regens wunderbar auf. Bei einem der Auftritte

hatten sich die Sängerinnen und Sänger mit fefergeschmückten Phantasie-Diadem und kuriosen Brillen herrlich schräg ausstaffiert. Chorleiterin Jane Rudnick hatte sich dazu bunte Fühler (oder Mini-Antennen), die in Sternen endeten, ins Haar gesteckt. Es drängten sich so viele Gäste, dass gar nicht alle einen Sitzplatz fanden. Der „Hirsch“ ist seit zehn Jahren Probe- und Tanzraum des Chors. Auch das Tanz-Ensemble CommuniTü unter der Leitung von Anke Zapf-Vaknin bereicherte das Fest mit zwei Perfor-

mances, einmal im Hirsch und zuvor im nahegelegenen Ladengeschäft Hinrichs Teehaus, das heuer ebenfalls auf 40 Jahre zurückblicken kann, Verbindungen zum „Hirsch“ pflegt und als zweiter Festort diente. Geschäftsführerin Conny Reese sitzt bei „Off Track“ am Keyboard. Der Open-Air-Teil des Fests in der Froshgasse musste aufgrund der Witterung fast ganz ausfallen. „Wir improvisieren“, sagte Gabriele Merkle, Vorsitzende des Trägervereins der Hirsch-Begegnungsstätte.

dhe/Bild: Anne Faden

Unterste Schublade

Der mit heißer Feder verfasste Brandbrief des Grünen-Kreisverbandes Steglitz-Zehlendorf (Überschrift: „Zukunft wird aus Mut gemacht – wir fangen an!“) an den hiesigen Kreisverband ist sprachlich und inhaltlich unterste Schublade.

Von „rechten Trollen“, vom Kampf gegen „Hass und Homophobie, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus“ wird geschrieben. Richtig gelesen „Homophonie“. Berliner Grüne gegen Homophonie? Muss es immer nur Poly- oder Kakaphonie sein statt Homophonie? Alles Böse wird hier in einem Satz zusammengefasst. Aber auch für Grüne hat der Kampftag nur 24 Stunden. Abschließend wird gebeten, Palmers Parteiausschluss anzustreben.

Falls man der Forderung der hauptstädtischen Grünen und der Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth („In Gefahr und größter Not, immer hilft Dir Claudia Roth“) näher treten möchte, könnte der verdiente Stadtrat Gerhard Bialas kompetente Consultingdienste leisten. Er unterstützte in den siebziger Jahren den Ausschluss von Eurokommunisten wie Eberhard Fehre aus der DKP. Anton Brenner und Nino Montagna kamen mit einem Funktionsverbot davon. Eberhard Fehre lernte ich im Komitee „Solidarität mit Chile“ kennen, wo er auf beeindruckende Weise maoistische Forderungen konterkarierte. Der DKP hat der Ausschluss von Dissidenten zweifellos geschadet. Ganz neu, dass sich Herr Bialas jetzt von Stalin distanziert (TAGBLATT vom 4. Mai). Die kommunistische Kommunalpolitik der siebziger Jahre harret noch der journalistischen Aufarbeitung.

Unterm Strich: Auch den Grünen würden Parteiausschlüsse eher schaden. Passt nicht zu einer Partei, die sich Vielfalt, neudeutsch diversity, und nicht Einfachheit, simplicity, auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Max Steinacher, Tübingen

Wichtigere Themen

Kommt mal alle auf den Boden der Tatsachen zurück. Ich würde mich gar nicht aufregen über Bahnwerbung (im Internet). Wir haben wichtigeres zu lösen und zu debattieren, und das nicht wegen Wahlen.

1. Sind alle Tübinger Bürger überhaupt bei Umfragen repräsentiert?

2. Können wir langfristig uns ein drittes Hallenbad leisten?

3. Brauchen wir ein neues Einkaufszentrum, das mit dem neuen Busbahnhof gebaut werden soll?

4. Können wir langfristig überhaupt eine Straßenbahn in Tübingen stemmen? Was wird passieren, wenn der Kostenrahmen (wie bei anderen vergleichbaren Großprojekten) ums bis zu 80-fache überschritten wird?

5. Brauchen wir einen neuen Konzertsaal? Der alte Konzertsaal in der Musikschule tut es auch noch!

Das sind Themen, über die wir reden sollten. Nicht über Eisenbahnwerbung

Thomas Maisch, Entringen

(der Verfasser dieses Leserbriefs ist nicht der gleichnamige Inhaber der Firma Optik und Akustik Maisch)

Leserbrief zur Diskussion um Bauland und Wohnraum in der Region – und um die Anwendung des Baugesetz-Paragrafen durch Tübingens OB Boris Palmer.

Diplomatie angesagt

Seit Wochen ist die Schlacht nach Wohnraum und Bauland im Gange. Gegner schießen scharf und Unterstützer wagen sich aus der Deckung. Alles dreht sich um den Tübinger OB. Das ist aber nicht dessen Verdienst, sondern das Thema ist eine Herausforderung als solche.

Wir leben alle in einer gesegneten Region, in Stadt, Landkreis und darüber hinaus. Warum? Weil wir viele vorzügliche Unternehmen und Handwerksbetriebe haben, weil ein großartiges Universitätsklinikum und eine herausragende Universität unsere Stadt prägen. Dass es sich damit gut leben lässt, mit der Schwäbischen Alb im Hintergrund und der ganzen Kraft der Landeshauptstadt vor unseren Toren, ist selbstredend. Deshalb ist unsere Region so begehrt. Deshalb sollte der Oberbürgermeister beim Beschaffen von Bauland und Wohnraum keine Kirchturmpolitik machen, die er gerne den Kreisbürgermeistern vorwirft, zu Unrecht.

Er sollte seine Ecken und Kanten und seinen ab und an aufblitzenden Charme einsetzen und mit den umliegenden Kommunen eine Wohnrauminitiative starten. Wohnen ist ein regionales Thema geworden! Gebote und Androhung von Enteignung sind der völlig falsche Weg. Diplomatie ist angesagt, Herr Oberbürgermeister!

Bei der Regionalstadtbahn werden auch alle bezahlen in gerechter Form. Sie als Mathematiker werden doch ein verträgliches finanzielles Miteinander erarbeiten können. Und wenn nicht: Ihre Partei in der Landesregierung sollte weniger Feinstaub aufwirbeln und mehr um die ausgewogenen Lebensverhältnisse in Stadt und Land besorgt sein, will sagen, die könnten über Finanzausgleichsmaßnahmen hilfreich wirken.

Eugen Höschele, Tübingen, CDU-Stadtverband,

stellvertretender Vorsitzender

Treppenwitz

Was ist passiert? Funktioniert die Pille nicht mehr? Werden wir aus dem Ausland überrannt? Von 1998 bis 2018 hat die Bevölkerung gerade einmal um knapp 1 Million Menschen zugenommen (trotz Flüchtlinge 2015). Sind vielleicht Teile Deutschlands abgebrannt? Mir ist davon nichts bekannt. Woher kommt also plötzlich diese extreme Wohnungsnot in Ballungsgebieten? Nun, jeder der älter ist, kennt es. Täglich grüßt das Murmeltier. Denn immer wenn gute Konjunkturphasen lange Zeit anhielten, vermittelte dies Sicherheit und verschaffte zusätzlichen finanziellen Spielraum.

Der Wunsch nach größeren Vier-Wänden oder einem Zuhause an einem spannenderen Ort greift um sich. Zerstrittene Paare können nicht nur das gemeinsame Bett, sondern nun auch die Wohnung verlassen, Kinder ziehen früher aus usw. Man nennt das beschriebene Verhalten Konsum. Wir haben also keine Heerscharen von Obdachlosen unter den Brücken, auch wenn die Allerschwächsten dadurch in prekäre Lagen gedrängt werden, sondern anspruchsvollere Konsumwünsche und -möglichkeiten. Die Wohnungsnot lindern können daher auch keine weiteren 2000 oder 5000 Wohnungen in Tübingen. Gleichwohl muss ein sozialer Ausgleich für die Bedürftigsten geschaffen werden, will man sie nicht auf das leerlaufende Land verbannen.

Dass nun aber ausgerechnet ein grüner Oberbürgermeister Steigbügelhalter für den ansonsten verteuerten Konsum wird und dafür in die Mottenkiste des ‚real existierenden Sozialismus‘ greift, ist ein Treppenwitz der Geschichte.

Alexander Servais, Tübingen

Beim Frühjahrsempfang der Rotenburger Grünen sprach der Tübinger Stadtrat Christoph Joachim über die Regionalstadtbahn („Den Siedlungsdruck aus dem Ballungszentrum nehmen“, 2. Mai, Rottenburger Seiten).

Aufpassen

Ich gönne Tübingen die Regionalstadtbahn. Aber Rottenburg muss aufpassen, dass auch Mittel für die Elektrifizierung der Strecke Tübingen-Horb, dies ist auch eines der Module der im Kreistag beschlossenen Regionalstadtbahn, recht zügig bereitgestellt werden. Denn spätestens, wenn der Bahnhof Stuttgart 21 fertiggestellt ist, muss auch die Elektrifizierung der Strecke Rottenburg-Tübingen erfolgt sein, denn sonst gibt es von Rottenburg aus mit der Bahn keine Direktverbindung nach Stuttgart mehr, da Diesel-Loks nicht mehr in den Stuttgarter Bahnhof einfahren dürfen. Das würde für viele Rottenburger Fahrgäste mehr Umsteigen und Zeitverlust bedeuten.

Susanne Dierberger, Rottenburg, CDU-Kreisrätin

Ein Plädoyer für den Erhalt des Tübinger Umlandbads.

Banausentum

Seit Monaten diskutieren Leserbriefschreiber über die Notwendigkeit und den Wunsch eines neuen Hallenbades und einer Konzerthalle in Tübingen. Ins Gespräch gebracht wird dabei immer wieder der Abriss des Umlandbades beziehungsweise dessen Umwandlung in das Foyer einer neuen Konzerthalle. Ich – und sicher viele andere Tübinger Bürger – können ein derartiges kulturelles Banausentum nicht nachvollziehen.

Anderer Städte wären begeistert, ein solch einzigartiges Bauwerk wie das Umlandbad ihr eigen zu nennen. Es wurde vor über 100 Jahren errichtet (1914) und steht anscheinend nicht mal unter Denkmalschutz. Kaum zu glauben! Es sollte sich endlich mal eine Bürgerinitiative bilden, dieses Bad unter Denkmalschutz zu stellen und damit für die Nachwelt zu erhalten, selbst (oder gerade weil) die Stadt daran anscheinend kein Interesse hat.

Jobst Wendt, Tübingen

Tübinger Studenten bekämpfen vor 100 Jahren die Münchner Rätereublik („Wenigstens einen der Brüder umgelegt“, 30. April).

Würdiger Abgang

Wie wir dankenswerterweise dem TAGBLATT-Beitrag von Michael Kuckenburg entnehmen können, ist es nun genau hundert Jahre her, dass die Freikorps-Soldateska aus den Tübinger Verbindungshäusern den Namen unserer Stadt in den Dreck zog: 1918/19 in Stuttgart, Esslingen, Augsburg und München, 1920 im Ruhrgebiet. Und wenn ihr Durst nicht noch größer gewesen wäre als ihre antidemokratisch-völkische Gesinnung, dann hätten sie auch 1923 beim Hitlerputsch Schicksal gespielt zu Lasten der niederen Stände. Damals seien sie auf dem Marsch nach München schon „in einer benachbarten Kreisstadt“ (so Manfred Schmidt in „Die Tübinger Studentenschaft 1918-23“) so nachhaltig versumpft, dass sie danach beschlossen wiese zu verzichten auf den Rest ihrer Reise. Und so kam es nicht nur zu keinem zweiten Gräfelinger Massaker, sondern es fehlten auch für den Bürgerbräu-Putsch entscheidende Mitstreiter; die ungeliebte Republik bekam nochmals zehn Jahre Galgenfrist – dank dieser seit jeher freiheitlich-demokratischen Grundeinstellung unserer wackeren Farbentragenden?

Demnächst, beim Bürgerschoppen, wird uns die alte Burschenschaftlichkeit und in den Räumen des Stadtmuseums womöglich auch bald die neu kreierte Damenherrlichkeit sicherlich erstmals erschöpfend und überzeugend darlegen, wie sie zu dieser, ihrer Vergangenheit steht. Überlasst eure Verteidigung nicht schäbig dem obligaten Grußwort des OB. Es wäre allmählich an der Zeit für einen würdigen Abgang der aus der Zeit Gefallenen, bevor ihre „stolzen Burgen, edlen Häuser“ vollends verweisen und dem studentischen Wohnungsmarkt anheim fallen.

Michael Schwarz, Tübingen

Verkehrsberuhigung in Tübingen kann beunruhigen – dazu hat am 2. Mai Günther Perthen einen Leserbrief geschrieben („Schikaniert“).

Problem

Kaum ein Autofahrer weiß genau, warum eine Geschwindigkeitsbegrenzung an einem bestimmten Ort vorgeschrieben wird. Erstaunlich ist, dass unheimliche viele Autofahrer ganz genau wissen, dass sie sich an diese Geschwindigkeitsbegrenzung eigentlich nicht halten müssen.

Nicht die Knöllchen sind das Problem, sondern die Autofahrer, die sich an Geschwindigkeitsbeschränkungen nicht halten.

Laut Unfallstatistik ist der häufigste Grund für Verkehrsunfälle: überhöhte Geschwindigkeit.

Patrick John Egan, Tübingen

Bei einer möglichen neuen Autobahn-Anbindung der Rottenburger Kernstadt hätte auch Neustetten mitzureden, sagt dessen Bürgermeister Gunter Schmid („Der Knoten als Faustpfand“, 30. April, Rottenburger Seite).

St. Florians-Prinzip

Eine Direkt-Anbindung von Remmingsheim an die B 28a ist meiner Meinung nach längst überfällig! Alle Remmingsheimer, die zur B 28 wollen, fahren durch Seeborn. Und dies sind nicht wenige! Herr Schmid, Sie sorgen sich um die Anwohner an Ihrer Ortsdurchfahrt. Stellen Sie sich vor: auch in Seeborn wohnen Leute an der Ortsdurchfahrt und die würden sich über weniger Durchgangsverkehr sehr freuen!

Ich hoffe, dass sich die Stadt Rottenburg für die Variante einer Anbindung von Remmingsheim an die B 28 entscheidet, und dass die Gemeinde Neustetten dann auch an ihren Nachbarort Seeborn denkt und Verkehrsströme nicht nur nach dem St. Florians-Prinzip verteilen will!

Margarita Hahn, Seeborn